



**KULTUSMINISTER
KONFERENZ**

Sekretariat der Kultusministerkonferenz · Postfach 11 03 42 · 10833 Berlin

Die Präsidentin

GeschZ II/II A –2412-10–
Bearbeitung Dr. Tobias Funk

An die
Gesamtschulstiftung
Frau Ingrid Wenzler
Düpplerstraße 47
46045 Oberhausen

Telefon +49 30 25418-409
Fax +49 30 25418-456
E-Mail schulen@kmk.org
www.kmk.org

Per Mail: info@gesamtschulstiftung.de

Berlin, 12. Mai 2021

**Stellungnahme der Gesamtschulstiftung zu den Beschlüssen der KMK vom
15. Oktober 2020**

Ihr Schreiben vom 3. März 2021

Sehr geehrte Frau Wenzler,

ich bedanke mich für die Zusendung der Stellungnahme der Gesamtschulstiftung vom 3. März 2021 zu den Politischen Vorhaben zur „Ländervereinbarung über die gemeinsame Grundstruktur des Schulwesens und die gesamtstaatliche Verantwortung der Länder in zentralen bildungspolitischen Fragen“ vom 15.10.2020. Die Kultusministerinnen und Kultusminister haben mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Im Ergebnis einer zweijährigen intensiven Diskussion hat die Kultusministerkonferenz (KMK) in ihrer 371. Sitzung am 15. Oktober 2020 sowohl der „Ländervereinbarung über die gemeinsame Grundstruktur des Schulwesens und die gesamtstaatliche Verantwortung der Länder in zentralen bildungspolitischen Fragen“ wie auch den „Politischen Vorhaben zur ‚Ländervereinbarung über die gemeinsame Grundstruktur des Schulwesens und die gesamtstaatliche Verantwortung der Länder in zentralen bildungspolitischen Fragen‘“ zugestimmt.

Die Ländervereinbarung über die gemeinsame Grundstruktur ist inzwischen von allen Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder unterschrieben worden. Mit der Unterschrift der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten soll der Stellenwert dieser

Ländervereinbarung im Rahmen der Föderalen Ordnung der Bundesrepublik deutlich gemacht werden. Diese Vereinbarung soll mehr Transparenz, Vergleichbarkeit und Mobilität im Bildungssystem gewährleisten, ohne dabei die Alleinzuständigkeit der Länder in Frage zu stellen. Die Vereinbarung löst das sogenannte Hamburger Abkommen von 1964 ab und trägt auch den neuen Herausforderungen, vor denen das Bildungssystem steht, Rechnung. Als Stichworte seien hier nur die Integration und Inklusion, die individuelle Förderung, die Bildungsstandards und die Digitalisierung genannt.

Parallel oder besser ergänzend zur Ländervereinbarung über die gemeinsame Grundstruktur haben sich die Bildungsministerinnen und -minister auf ein Paket von Politischen Vorhaben verständigt. Mit den Politischen Vorhaben werden die in der Ländervereinbarung in wesentlichen Bildungsbereichen festgestellten Handlungsbedarfe benannt und dazu konkrete Maßnahmen festgelegt, fortgeschrieben und später ggf. auch erweitert werden. Ihre Stellungnahme bezieht sich ja auch in wesentlichen Punkten auf diese Politischen Vorhaben, zu denen Sie konkrete Vorschläge machen und auch Forderungen erheben.

Aktuell wird in den Gremien der Kultusministerkonferenz, vor allem aber in den Hauptausschüssen und Kommissionen an der Umsetzung dieser politischen Vorhaben gearbeitet. In diesen Diskussionsprozess werden auch die Vorstellungen, Vorschläge und Forderungen von Stakeholdern im Bildungsbereich einbezogen. Insofern kann ich Ihnen versichern, dass auch die Stellungnahme der Gesamtschulstiftung einbezogen wird.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Britta Ernst', with a stylized flourish at the end.

Britta Ernst